

MEIST DISKUTIERT



Auf Facebook

Panorama: Eltern vergessen Tochter (8) auf Autobahn-Parkplatz (31 Kommentar)
Der Norden: Diese Raupe sollte man besser nicht anfassen (15 Kommentar!)
Der Norden: Krabbenbrötchen kosten wieder weniger (15 Kommentare)
Der Norden: Erdbeer-Angebot zum Freiluft-Erntestart riesig (15 Kommentare)

STIMMEN SOCIAL MEDIA



Die Regel „Erst die Ware, dann das Geld“ sollte überall Anwendung finden.

Mathias Dreßke

auf Facebook zum Artikel „Nach dem Stromausfall am Hamburger Flughafen – Was ist mit dem Flugticket?“



An alle Landtagsabgeordneten: Bitte schnellstmöglich agieren, damit solche Zustände eingedämmt werden.

Uwe Brinkmann

auf Facebook zu den Berichten über einen Rettungseinsatz in Wunstorf, der von Gaffern behindert wurde



Schön, dass es noch Menschen gibt, die sich dann gleich um die Kleinen kümmern. Die Kleine muss ja übelst Panik gehabt haben.

Thomas Egle

auf Facebook zum Artikel „Eltern vergessen Tochter (8) auf Autobahn-Parkplatz“

LESERFOTO



Familie Gorch baute sogar noch extra ein Vogelhaus – aber es änderte nichts. Ein Vogelpaar hatte sich ihren Briefkasten für den Nestbau ausgesucht, und an einem Umzug war es nicht interessiert. Inzwischen ist richtig Leben in der Bude: Drei Küken werden langsam flügge.



Sie haben auch ein Foto für uns? Dann schicken Sie es per E-Mail an die Adresse leserforum@haz.de

HAZ LESERFORUM

Was ist Ihre Meinung?

Diskutieren Sie mit, und schreiben Sie uns. Unsere Redakteurin Tatjana Riegler freut sich über Ihre Zuschriften.

Post: HAZ-Redaktion Leserforum
 30148 Hannover
E-Mail: leserforum@haz.de
Internet: www.haz.de
Twitter: twitter.com/haz
Facebook: facebook.com/HannoverscheAllgemeine



Veröffentlichungen in dieser Rubrik sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Damit möglichst viele Leser zu Wort kommen, müssen wir Leserbriefe gelegentlich kürzen. Bei allen Einsendungen bitten wir um Angabe der vollständigen Absenderadresse.

„Diese Staatsdiener schaden vielen“

Die Rathausaffäre in der Landeshauptstadt Hannover beschäftigt die HAZ-Leser

Affäre ist ein Schlag ins Gesicht

Zum Kommentar „Es geht um Hannover“ und zu der Berichterstattung über die Rathausaffäre:

Wenn ein sehr gut besoldeter Staatsdiener, zudem noch studierter Jurist, sich ungerechtfertigt Zulagen verschafft, dann schadet er, der dem Staat und damit uns allen in besonderer Weise verpflichtet ist, der gesamten Beamtenschaft, dem öffentlichen Dienst und allen staatlichen Einrichtungen. Das Gleiche gilt für seine Vorgesetzten, den OB und den Personaldezernenten, die diese Selbstbedienungsmoralität anscheinend unterstützt haben, während sie zu anderen Zeiten durchaus dazu bereit waren, Auszubildende der Stadt nicht zu übernehmen.

Diese Affäre ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht aller öffentlich Bediensteten, die sich an die Regeln halten und für überwiegend sehr viel geringere Bezahlung ihre Pflicht tun und dabei nicht immer auf die Uhr sehen, sondern auch ein weiterer Beitrag zum Verschwinden der SPD aus der politischen Landschaft. Man fragt sich, ob es in dieser Partei keine Leute mehr gibt, die den Raffkes unter ihren Mitgliedern mal die Grenzen aufzeigen. Zu Zeiten der Vorgänger des aktuellen OB hätte es so etwas nicht gegeben, denn da war im öffentlichen Auftreten noch Bescheidenheit angesagt getreu dem Motto: „Wir sind die Partei der kleinen Leute.“

Wenn es ihm nicht gelingt, dass der für die Stadt entstande-



Was geht in Hannovers Rathaus vor? Die Affäre um unrechtmäßige Zulagen für hohe Beamte wirft Fragen auf.

FOTO: KUTTER

ne finanzielle Schaden ausgeglichen wird, bleibt dem OB eigentlich nur der Rücktritt, um weiteren Schaden von Demokratie und Amt abzuwenden.
Ulrich Germar, Arnum

Bürgermeister nicht mehr unabhängig

Meine Anerkennung zu dem Artikel. Ganz allgemein gesagt steckt die Wurzel allen Übels in der Eingleichigkeit: Während es vor langer Zeit einen (fachlich besetzten) Stadtdirektor als Leiter der Verwaltung und einen (politisch besetzten) Bürgermeister für die repräsentativen Aufgaben gab, sind heute beide

Funktionen in einer Person vereint. Dieser wichtige Posten wird politisch besetzt (bzw. dem Wähler vorgeschlagen), die Frage nach Fachlichkeit kommt dabei oft zu kurz. Viel wichtiger ist es für die Fraktionen, den eigenen Mann (oder sehr selten die eigene Frau) in diese Leitungsfunktion zu bekommen. Hintergrund dieser Entscheidung war das Ansinnen der Politik, mehr Einfluss in die Rathäuser zu bekommen. Dies ist auch wirklich gut gelungen. Heute regieren rund 40 große und kleine Chefs mit unterschiedlichen Interessenlagen in die Rathäuser hinein.

Vernünftige Arbeit ist für die dort tätigen Fachleute oftmals sehr schwer, weil die Bürger-

meister nicht mehr wirklich unabhängig sind und ihre Verwaltung immer weniger eigenverantwortlich führen können – der Blick auf die unterschiedlichen politischen Interessenlagen und ständige Ränkespiele behindern die Verwaltungen.

Einen Großbetrieb in der freien Wirtschaft könnte man so nicht „regieren“ – der Geschäftsführer würde nach kurzer Zeit das Handtuch werfen oder die Firma wäre in Konkurs.

Karin Saremba, Langenhagen

Zulagen sollten zurückgezahlt werden

Vor Jahrzehnten war ich als kleiner Landesbeamter in einer ähnlichen Lage wie heute die hoch bezahlten Stadtbediensteten. Ich habe damals die irrtümlich zu viel bezahlten Gelder treu und brav zurückbezahlt. Aus der Landeskasse bekam ich monatlich einen kleinen Vorschuss, der mich vor dem Verhungern bewahren sollte, was dieser dann auch tatsächlich getan hat. Sonst könnte ich diesen Brief ja gar nicht schreiben.

Es spricht nichts dagegen, auch hier so zu verfahren, um die Steuerzahler vor Schaden zu bewahren. Alternativ könnte man auch die Genehmiger der Zulagen in Regress nehmen – nach dem Prinzip „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“. Fair wäre es natürlich, wenn sich beide den Schaden teilen würden. Das wäre dann aber schon ein Fall für den Friedensnobelpreis.

Hartmut Gärtner, Hannover

Vertrauen ist vollständig zerrüttet

Jede kleine Verkäuferin, die sich an einem vom Kunden liegen gelassenen Pfandbon über 0,25 Euro „bereichert“, wird wegen Vertrauensverlustes des Arbeitgebers fristlos entlassen. Aber die im „System Härke“ versammelte Verwaltungsspitze bereichert sich jahrelang rechtswidrig und wider besseres eigenes Wissen um Zigtausende von Euro aus der Stadtkasse, und jetzt laubt die Stadt noch von „Vertrauensschutz“ für die Betrüger.

Als Bürger dieser Stadt bin ich gewissermaßen auch Arbeitgeber dieser kommunal Beschäftigten oder Beamten. Mein Vertrauen in diese Herrschaften ist vollständig zerrüttet. Alle Delinquenten, inklusive Mitwisser OB Schostok, gehören unter Verlust ihrer Pensionsansprüche fristlos entlassen und müssen den entstandenen Schaden auf Heller und Pfennig erstatten.
Martin Worpenberg, Hannover

Das muss der Steuerzahler wissen

Da, wo Härke mal preiswürdig ist, da, wo er den Whistleblower-Preis verdient hätte, erscheint der Staatsanwalt. Gravitätisch holt er aus, um ausgerechnet ein richtiges Amigo-Mauschel-Gesetz zu schützen. Das sind doch die Dinge, die der Steuerzahler als Erstes wissen muss. Jetzt sind wir in Schilda, Güllen und Korpumpelheim angekommen.
Ernst-Wilh. Möbius, Hannover

WEITERE LESERBRIEFE

Autofrei war dieser Sonntag nicht

Zur Berichterstattung über den autofreien Sonntag in der HAZ von Montag, 4. Juni: Hannöversch zurückhaltend oder peinlich: Autofrei waren die Fußgängerzone und einige angrenzende Straßen, die am Wochenende sowieso eher gering befahren oder von Baustellen blockiert sind. Es war ohne Probleme möglich, mit dem Auto fast direkt an die Bühnen zu kommen.

Wäre es tatsächlich ein autofreier Sonntag gewesen, hätte dann auch zumindest der City-Ring mit in die Sperre einbezogen werden müssen. Ich wurde als Radfahrer auf dem Weg zur Veranstaltung beschimpft, abgedrängt, angehupt und so weiter.

Es gab beispielsweise im Rahmen des Stadtradelns nicht mal eine Fahrrad-Sternfahrt, keine geschützten Routen, keine echten Ambitionen, den motorisierten Individualverkehr aus der Stadt zu halten.

Autofrei heißt nicht nur, dass man sich durch Menschenmassen an Buden vorbeischiebt, wo sonst Autos im Stau stehen, sondern einfach freie Straßen und Wege mit nicht motorisierten Fahrzeugen im Stadtgebiet (und darüber hinaus) nutzen kann!
Henrik Hartmann, Hannover

raussetzung dafür, überhaupt am Arbeits- und Sozialleben teilzuhaben. Eine Freundin meiner Großtante wanderte in den Zwanzigerjahren aus wirtschaftlichen Gründen in die USA aus, sprach aber bei Besuchen immer noch Holtenser Platt – und natürlich fließend Englisch. Die Herkunftssprachen können gut in der Familie gepflegt werden. Alles andere ist der bewusste Versuch, sich abzuspalten, fördert die Angst vor Überfremdung, hilft nicht beim Schulbesuch.
Cathrin Compte, Isernhagen

Mehr Mülleimer aufstellen

Zum Artikel „Stadt plant Offensive für Sauberkeit“ in der HAZ von Mittwoch, 30. Mai:

Schön, dass endlich mal über das überhandnehmende Müll-Problem geredet wird. Aber statt die Anzahl der Mülleimer zu erhöhen, wäre es mancherorts sinnvoller, überhaupt mal welche aufzustellen. So beobachte ich bei gutem Wetter seit Jahren täglich, wie sich Menschen an dem Kanal rund um das ehemalige Conti-Gelände versammeln, schwimmen und ihren Grill-Abfall liegen lassen. Meistens landet er im Wasser, so dass die Ruderer und Kanuten sich ärgern und die Wassertiere den Mist auch noch fressen.

Entweder müssten Verbotsschilder aufgestellt und deren Einhaltung streng kontrolliert werden. Oder aber, wenn man es schon billigt, müssten wenigstens Mülleimer installiert werden, die habe ich bisher nämlich vergeblich gesucht. So, wie es jetzt ist, könnte ich täglich mehrere Säcke mit im Wasser schwimmendem Abfall füllen, weil sich sonst niemand verantwortlich fühlt. Das ist doch kein Zustand für ein Erste-Welt-Land!
Vanessa Kaun, Hannover

Voraussetzung für Teilhabe

Zum Artikel „Migranten wollen Mitsprache“ in der HAZ von Sonnabend, 2. Juni:

Das Migrantennetzwerk fordert die Förderung der Herkunftssprachen. Dies ist ein völlig falsches Signal und fördert keinesfalls die Integration von Migranten. Die USA als ein klassisches Einwanderungsland verlangen den Nachweis guter Englischkenntnisse. Verständlich, denn dies ist die Vo-

DEUTSCHLAND.Immobilien

MARKTPLATZ FÜR ANLAGE-IMMOBILIEN

Mietzins bis zu 5,50 % p. a.

■ Unsere Vision

Allen Menschen Zugang zu Anlage-Immobilien ermöglichen.

■ Unser Leistungsangebot

Im Zentrum unserer Tätigkeit steht der professionelle Vertrieb von Immobilien sämtlicher Anlage-Klassen:

Pflege | Rendite | Denkmal | Mikro/Student | Ferien

■ Vorteile von Anlage-Immobilien

Als inflationsgeschützter Sachwert gelten Immobilien als äußerst wertstabile und risikoarme Kapital-Anlage. Die erzielbaren Steuervorteile und die niedrigen Zinsen verbunden mit gleichzeitig hohen Mietzinsen und grundbuchlicher Absicherung machen Anlage-Immobilien zum Gewinner des Zinstiefs.

Wir bieten Ihnen aktuelle Anlage-Immobilien in ganz Deutschland.

Einladung zur Kundenveranstaltung „Immobilien als Kapitalanlage“. LERNEN SIE UNS KENNEN!

Jetzt kostenlos anmelden!



Dienstag, 12.06.2018, ab 19:00 Uhr
 Get-together ab 18:30 Uhr

DEUTSCHLAND.Immobilien Zentrale
 Georgstraße 44 | 30159 Hannover

- Anlage-Immobilien als Gewinner des Zinstiefs
- Mit nur 100 € / Monat zum Immobilienbesitzer werden
- „Zusatzrente“ durch Immobilien – jetzt vorsorgen

Melden Sie sich bitte unter www.deutschland.immobilien oder telefonisch unter: 0511 92092440 an. Bitte beachten Sie, dass die Plätze begrenzt sind. Für Ihr leibliches Wohl ist selbstverständlich gesorgt.